

# Verzweifeln? Oder: Die Aufgaben sozialistischer Politik und Wirtschaft

von Kai Burmeister



⇒ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

Foto: © Frank Rumpenhorst

Derzeit ist es um die SPD schlecht bestellt. Nicht auszuschließen ist ein weiterer Absturz bis hin zum Verschwinden. Diese Entwicklung kann niemanden egal sein, außer man will mit Häme den Niedergang kommentieren.

## Mehr Disziplin oder großer Knall?

Was hilft jetzt, um wieder Boden unter den Füßen zu bekommen? Eine Schlussfolgerung für die SPD-Linke könnte das Eingeständnis sein: Für Flügelarbeit sind die notwendigen Ressourcen nicht mehr vorhanden, und alle Kraft ist auf die Partei zu konzentrieren. Oder aus anderer Richtung: Jetzt endlich Vermögenssteuer und Bürgerversicherung durchsetzen und wenn das nicht klappt, endlich raus aus der GroKo.

Beide Blickrichtungen verkörpern den Wunsch nach besseren Zeiten. Verständlich! Mit Blick auf die Machtverhältnisse in der GroKo sowie der Verfasstheit von Partei und ihrer Aktiven ist beides nicht realistisch. Vor allem überzeugen sie nicht als Mittel gegen den sozialdemokratischen Niedergang. Helfen könnte ein Verständnis über die unterschiedlichen Aufgaben innerhalb der großen Koalition, der Partei sowie der Parteilinken. Wer hat was zu tun und wie verhalten sich die einzelnen Teile zum Gesamten.

Für spw als Zeitschriftenprojekt geht es um die inhaltliche und strategische Entwicklung von Fragestellungen, die in der aktuellen poli-

tischen Konstellation nicht durchgesetzt werden können. Wohl aber können notwendige Vorarbeiten geleistet werden.

Auch das Analysedefizit ist zu überwinden. An vielen Stellen sind in der SPD-Linken schnelle Erklärungen für den schlechten Zustand zu hören. So richtig Hinweise auf verloren gegangenes Vertrauen durch die Agenda 2010 sowie eine ungeliebte GroKo sind – in der Summe besteht kein konsistentes Lagebild. Der Höhenflug der Grünen ist kaum mit dem fehlenden sozialen Profil der SPD zu erklären. Es dominieren innerparteiliche und taktische Schuldzuweisungen statt tatsächlicher Einschätzungen gesellschaftlicher Dynamiken. Statt überzeugender Forderungen hat sich ein Teil der SPD-Linken in der Haltung „alles aus Berlin ist schlecht“ eingerichtet und verlangt „die Parteiführung müsse glaubwürdiger sein“, ohne diesen Anspruch konsistent durchbuchstabieren zu können. Tatsächlich ist die Krise der Linken und Sozialdemokratie global. Sie muss tiefere politische und ökonomische Ursachen haben, als jene, die in der deutschen Debatte im Vordergrund stehen. Die SPD-Linke muss stringenter und fokussierter sein. Dazu drei Vorschläge:

## 1. Digitalen Kapitalismus verstehen

Als spw waren wir jüngst am 2. Kongress „Digitaler Kapitalismus“<sup>1</sup> beteiligt und die dortige Fragestellung „Alle Macht den Konzernen?“ zielt auf Gewinner und Verlierer der digitalen Transformation. Neben der Forderung nach einer Digitalsteuer geht es um das bessere Verständnis des digitalen Kapitalismus und um die Gestaltung von digitalen Technologien bis hin zur Künstlichen Intelligenz im Sinne eines Dreiklangs aus Arbeit, Technik und Organisation anstelle eines verkürzten technischen Deter-

1 <https://www.fes.de/digitalcapitalism/>.

minismus.<sup>2</sup> Die Frage nach kapitalistischer oder sozialistischer Programmierung der Produktions- und Kommunikationsnetze wird dringlicher. Wie soll das Eigentum an und die Infrastruktur von Datennetzen organisiert sein?

## 2. Hartz IV überwinden, solidarischen Sozialstaat aufbauen

Die letzten Jahre waren durch ordentliches Wachstum geprägt. Gleichzeitig stellt das Statistische Bundesamt fest: „Die Armutsriskiken haben sich in der Gesamtbevölkerung erhöht“.<sup>3</sup> Überlebenswichtig für die SPD ist daher ein Sozialstaatskonzept, dass an den tatsächlichen Bedürfnissen von Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen ansetzt und Menschen wirklich aus der Armut führt. Damit geht es weniger um moralisch aufgeladene Ansichten (*weder „Fördern und Fordern“ noch „bedingungsloses Grundeinkommen“*). Statt um abstrakte Überlegungen (*wenn jemand wirklich nicht arbeiten will*) geht es um den Abbau von Sanktionen und Bürokratie im Sozialstaat als Grundlage von Würde und Anerkennung bis hin zum Aufbau einer Arbeitsversicherung. Ein ausgebauter Sozialstaat ist als produktiver ökonomischer Faktor mit guten Dienstleistungen und guten Arbeitsbedingungen für die dortigen Beschäftigten zu verstehen.<sup>4</sup>

## 3. Europa jenseits von Erasmus-Euphorie neu begründen

In Ungarn, Österreich und Italien sind Rechtspopulisten an der Regierung. Die Europawahlen sind damit einmal mehr eine der berühmten Scheidewege des europäischen Projekts. Weder der Verweis auf das Friedensprojekt noch die Euphorie von Erasmus-Studenten reichen aus, um breiten Teilen der Bevölkerung den Stellenwert Europas für die eigene Lebenssituation zu verdeutlichen. Darum wird es für die politische Linke aber gehen müssen, soll Europa nicht zwischen Rechtspopulisten und Marktradikalen zerrieben werden. Wir müssen auch unsere Debatten europäisieren.

Als *progressive Strukturreformen* hat Uwe Kremer diese Vorarbeiten charakterisiert.<sup>5</sup> Zugegeben, die Radikalität entfalten diese Überlegungen nicht als plakative Einzelforderungen, wohl aber durch ihre Grundsätzlichkeit in der Wirkung auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

## Progressive Bündnisse entwickeln

Die Aufgabe von spw liegt auch im Aufspüren von sozialistischen Potentialen in Politik und Wirtschaft. Dies meint mehr als Papiere zu schreiben. Es geht um den Aufbau gesellschaftlicher Bündnisse und die Vernetzung innerhalb der gesellschaftlichen Linken im Sinne eines Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur. Anzuknüpfen ist an die #Unenteilbar-Demo in Berlin. Daneben geht es um die Unterstützung von symbolisch wichtigen Auseinandersetzungen um das Wesen des digitalen Kapitalismus (Amazon, Foodora u.a.). In Köln haben SPD und Linke in einer öffentlichen Veranstaltung über gemeinsame Wege beraten. Solche Veranstaltungen braucht es in vielen anderen Städten. Die Diskussion muss dabei von der Anti-Groko-Stimmung zur Frage übergehen, was unter welchen Bedingungen danach kommen kann, im Sinne eines R2G.

## 2019 zum Marx-Jahr machen!

Das Marx-Jubiläum geht allmählich vorbei. Im Feuilleton wird die Marx-Konjunktur abebben, für die SPD-Linke bietet sich Ausdauer an. Die SPD-Linke kann sich so vor einer idealistischen Überhöhung von Einzelforderungen schützen. Anzuknüpfen ist an die dynamische Betrachtung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren“. Dieser Satz klingt aktueller denn je und lädt dazu ein, mit Marxscher Brille die Dynamiken der ökonomischen Basis sowie des gesellschaftlich-politischen Überbau näher zu durchdringen. Wer zwischen den Jahren die Zeit findet, sollte einmal mehr Marx lesen. ■

2 siehe spw 225 „Neuer Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung – global, monopolistisch, produktiv?“

3 Vgl. Datenreport 2018, Seite 247.

4 Ein entsprechender spw-Schwerpunkt ist für 2019 vorgesehen.

5 Vgl. Uwe Kremer, kurzum in spw 222.